

Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Corona-Pandemie-Prüfungsverordnung 2021/2022

Vom 17. Dezember 2021

Es wird verordnet aufgrund von

1. § 8 Absatz 5 Nummer 6, § 35 Absatz 3 Nummer 3, 4 und 6, § 89 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 1 bis 5 und 7 sowie Absatz 3 Nummer 1 bis 3 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. August 1983 (GBl. S. 397), das zuletzt durch Gesetz vom 17. Dezember 2020 (GBl. S. 1233) geändert worden ist, und
2. § 16 Absatz 2 des Landesbeamtengesetzes vom 9. November 2010 (GBl. S. 793, 794), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Oktober 2020 (GBl. S. 914, 921) geändert worden ist, im Benehmen mit dem Innen- und dem Finanzministerium:

Artikel 1

Die Corona-Pandemie-Prüfungsverordnung 2021/2022 vom 12. Oktober 2021 (GBl. S. 856) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 5 Satz 1 wird die Zahl „29“ durch die Zahl „40“ ersetzt.
2. § 7 wird wie folgt gefasst:

„§ 7

Praktische Ausbildung im Rahmen schulischer Berufsausbildungen oder während des Besuchs beruflicher Bildungsgänge

(1) Soweit Praktika oder Phasen praktischer Ausbildung aufgrund von pandemiebedingten Betriebsschließungen oder Zutrittsbeschränkungen nicht durchgeführt werden können, gelten diese als absolviert, sofern die für die jeweiligen Bildungsgänge geltenden Ausbildungs- und Prüfungsordnungen des Kultusministeriums sowie die hierzu ergangenen Erlasse des Kultusministeriums im Übrigen erfüllt sind und das Bildungsziel gleichwohl erreicht wird.

(2) Soweit Praktika, die in landesrechtlich geregelten Bildungsgängen für die Zulassung zur Prüfung oder zum Abschluss der Ausbildung erforderlich sind, pandemiebedingt nicht durchgeführt werden können, gelten die Praktika als absolviert, sofern glaubhaft gemacht werden kann, dass kein Praktikumsplatz gefunden wurde, die sonstigen für die jeweiligen Bildungsgänge geltenden Ausbildungs- und Prüfungsordnungen des Kultusministeriums sowie die hierzu ergangenen Erlasse des Kultusministeriums im Übrigen erfüllt sind und das Bildungsziel gleichwohl erreicht wird. Dies gilt auch für Praktika, die erforderlich sind, um die Zugangsvoraussetzungen für die Fachschule für Sozialpädagogik, zur Schulfremdenprüfung in der Berufsfachschule für Kinderpflege, dem einjährigen Berufskolleg für Sozialpädagogik sowie in der Fachschule für Sozialpädagogik zu erfüllen.

(3) Sofern es bei der praktischen Ausbildung im Rahmen schulischer Berufsausbildungen nicht möglich ist, benotete Praxisbesuche in den Einrichtungen durchzuführen, ergibt sich die Note aus einer schriftlichen Ausarbeitung und einem Fachgespräch oder einem simulierten Praxisbesuch.

(4) Soweit es Schülerinnen und Schülern der Fachschule für Sozialpädagogik in Vollzeit und Teilzeit aufgrund von pandemiebedingten Einschränkungen beim Betrieb von Einrichtungen nicht möglich ist, den nach § 42 Absatz 4 der Erzieherverordnung vorgeschriebenen Bericht über die Tätigkeit und die darin gesammelten pädagogischen Erfahrungen mit einer fachbezogenen Stellungnahme zu einem Teilbereich der sozialpädagogischen Praxis entsprechend den Vorgaben zu erstellen, sollen fehlende praktische Elemente, Durchführung und Reflexion durch theoretische Überlegungen ersetzt werden.

(5) Soweit es Praktikantinnen und Praktikanten des Dualen Berufskollegs Fachrichtung Soziales aufgrund der Pandemiesituation im Schuljahr 2021/2022 nicht möglich ist, während des Schuljahrs mindestens zwei Praktikumsberichte anzufertigen, ist abweichend von § 5 Absatz 6 der Schulversuchsbestimmungen für das Duale Berufskolleg Fachrichtung Soziales vom 17. Juli 2003 die Anfertigung von nur einem Praktikumsbericht ausreichend. Sofern die Erstellung eines Praktikumsberichts entsprechend den Vorgaben aufgrund von pandemiebedingten Betriebs-schließungen oder Zutrittsbeschränkungen nicht möglich ist, tritt an die Stelle des bewerteten Praktikumsberichts eine schriftliche Ausarbeitung zu einer von der Schule festgelegten Aufgabenstellung.

(6) Die Frist für Praktika, die erforderlich sind, um die Zulassungsvoraussetzungen zur Schulfremdenprüfung in der Kinderpflege- sowie der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung zu erfüllen, kann bis zum 31. Januar 2022 verlängert werden. Der Meldetermin und das Fristende für die Abgabe sämtlicher weiterer erforderlicher Unterlagen bleibt der 1. Oktober 2021.“

3. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Nach den Wörtern „Vorbereitungsdienste der Kurse“ wird die Angabe „2020 und 2021“ durch die Angabe „2020, 2021 und 2022“ ersetzt.
- b) Nach den Wörtern „Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis“ werden die Wörter „des Kurses 2020“ durch die Wörter „der Kurse 2020 und 2021“ ersetzt.
- c) Nach den Wörtern „Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte“ werden die Wörter „des Kurses 2019“ durch die Wörter „der Kurse 2019 und 2020“ ersetzt.
- d) Nach den Wörtern „Abschlussprüfung der Technischen Lehrkräfte an beruflichen Schulen“ werden die Wörter „des Kurses 2020“ durch die Wörter „der Kurse 2020 und 2021“ ersetzt.

4. In § 15 Satz 1 werden nach dem Wort „werden“ die Wörter „, wenn dies pandemiebedingt erforderlich ist.“ eingefügt.

5. § 20 wird wie folgt gefasst:

„§ 20 Geltungsbereich

Für den ersten und zweiten Ausbildungsabschnitt von Studienreferendarinnen und Studienreferendaren sowie von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern der Vorbereitungsdienste der Kurse 2020, 2021 und 2022, für die pädagogische Schulung der in entsprechender Anwendung der Prüfungsordnung berufliche Schulen direkt eingestellten Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis der Kurse 2020, 2021 und 2022, für die Ausbildung der Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte der Kurse 2019, 2020, 2021 und 2022 und für die Ausbildung oder die pädagogische Schulung der Technischen Lehrkräfte an beruflichen Schulen der Kurse 2020, 2021 und 2022 sowie für weitere Personen, die in den

Jahren 2021 und 2022 ihren Vorbereitungsdienst, ihre pädagogische Schulung oder ihre Ausbildung oder ihre laufbahnrechtliche Maßnahme nach der Laufbahnverordnung Kultusministerium absolvieren, finden die in § 14 aufgeführten Bestimmungen nach Maßgabe der in diesem Abschnitt geregelten Besonderheiten Anwendung.“

6. In § 21 Absatz 3 wird nach dem Wort „Wenn“ das Wort „pandemiebedingt“ eingefügt.

7. § 22 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 werden nach dem Wort „werden“ die Wörter „, wenn dies pandemiebedingt erforderlich ist.“ eingefügt.

b) In Absatz 5 werden nach dem Wort „werden“ die Wörter „, wenn dies pandemiebedingt erforderlich ist.“ eingefügt.

c) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Um zusätzliche Unterrichtserfahrung zu erwerben, können seitens der Referendarin oder des Referendars die in § 13 Absatz 4 GymPO und § 13 Absatz 4 BSPO geregelten Obergrenzen der wöchentlichen Unterrichtsstunden mit Zustimmung der Ausbildungsleitung temporär überschritten werden.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Stuttgart, den 17. Dezember 2021

Schopper